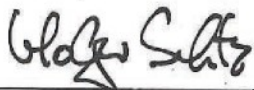


Zu § 9 HmbStVollzG  
§ 9 HmbJStVollzG  
§ 8 HmbUVollzG  
§ 12 HmbSVVollzG

**Verlegung, Überstellung, Ausantwortung**

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 8 vom 23.10.2018 (Az. 4400/73)

1. Vor Verlegung von Gefangenen gemäß § 9 Absatz 2 HmbStVollzG, § 9 Absatz 2 HmbJStVollzG, § 8 Absatz 1 und Absatz 2 HmbUVollzG oder von Untergebrachten gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 HmbSVVollzG in eine nach dem Vollstreckungsplan nicht zuständige Anstalt ist die Zustimmung der Abteilung Justizvollzug einzuholen.
2. Bei Untersuchungsgefangenen ist für die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft und des Gerichts eine angemessene Wartezeit von in der Regel 24 Stunden vor der Verlegung einzuhalten. Vor der Verlegung ist die Verteidigerin oder der Verteidiger zu unterrichten.
3. Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. November 2018 in Kraft. Sie ersetzt die AV Nr. 48/2014 zu § 9 HmbStVollzG, § 9 HmbJStVollzG, § 8 HmbUVollzG und § 12 HmbSVVollzG vom 2. September 2014 (Az. 4400/73).



gez. Dr. Holger Schatz

Datum: 23.10.2018